

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Birgit Menz, Heike Hänsel, Niema Movassat, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/11767 –

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 18/10910 –

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
Neuaufgabe 2016

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, die Indikatoren und Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Verantwortung Deutschlands und im Sinne der Notwendigkeit einer globalen sozialökologischen Transformation anzupassen, die Verbesserungsvorschläge hinsichtlich der institutionellen Voraussetzungen und Kapazitäten zur Stärkung der Politikkohärenz umgehend umzusetzen, ihre Wirtschafts-, Handels-, Entwicklungs-, Energie-, Außen-, Sicherheits- und Umweltpolitik mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen und darüber hinaus einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele abzusichern.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

C. Alternativen

Annahme des Entschließungsantrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Matern von Marschall
Berichterstatter

Carsten Träger
Berichterstatter

Birgit Menz
Berichterstatterin

Peter Meiwald
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Matern von Marschall, Carsten Träger, Birgit Menz und Peter Meiwald

I. Überweisung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 18/11767** wurde in der 229. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. März 2017 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Antragsteller unternimmt die Bundesregierung mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 den Versuch, einen langfristigen Rahmen für die nationale Umsetzung der Agenda 2030 und der darin enthaltenen 17 SDGs zu schaffen. Es sei jedoch nicht erkennbar, dass die Bundesregierung den Transformationsauftrag, der aus der Deklaration der Staats- und Regierungschefs resultiert, auch besonders ernst nehme. Die verfolgte Strategie sei ungenügend und bedürfe einer grundsätzlichen Neuausrichtung.

Im Wesentlichen soll die Bundesregierung mit dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. aufgefordert werden, die Indikatoren und Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Verantwortung Deutschlands und im Sinne der Notwendigkeit einer globalen sozialökologischen Transformation anzupassen, die Verbesserungsvorschläge hinsichtlich der institutionellen Voraussetzungen und Kapazitäten zur Stärkung der Politikkohärenz umgehend umzusetzen, ihre Wirtschafts-, Handels-, Entwicklungs-, Energie-, Außen-, Sicherheits- und Umweltpolitik mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen und darüber hinaus einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele abzusichern.

Diese zentralen Forderungen werden durch zahlreiche weitere Forderungen an die Bundesregierung im Detail ergänzt, welche sich im Einzelnen aus dem Entschließungsantrag selbst ergeben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 155. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 116. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 85. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 95. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 114. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 99. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 74. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Der **Ausschuss für digitale Agenda** hat in seiner 90. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/11767 in seiner 122. Sitzung am 21. Juni 2017 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie orientiere sich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Bei der Themensetzung und den Debatten im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung würden sowohl nationale wie internationale Auswirkungen berücksichtigt. Außerdem gehe es darum, welchen Beitrag Deutschland leisten könne, um andere Länder bei der Erreichung ihrer Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen, was vorwiegend durch das Bundesumweltministerium und das Entwicklungshilfeministerium umgesetzt werde.

Die **Fraktion der SPD** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU an. Die Bundesregierung habe die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt, woran der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung beteiligt gewesen sei. Es sei wünschenswert, wenn nicht nur im Umweltausschuss über das Thema Nachhaltigkeit berichtet werde. Der Beirat habe gut und konsensorientiert zusammengearbeitet, wobei in Zukunft auch andere Fachbereiche in die Arbeit des Beirats einbezogen werden sollten. In der nächsten Wahlperiode könne das dann einzusetzende Gremium eine Art Wächterfunktion übernehmen, wozu der Begriff der Nachhaltigkeit jedoch klarer definiert werden müsse.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, es sei wichtig, das Gremium zur nachhaltigen Entwicklung in der neuen Wahlperiode schnell einzusetzen, um dessen Arbeit zu intensivieren und zukünftig auch inhaltliche Prüfungen zu ermöglichen. Es sei eine wichtige Frage, ob Nachhaltigkeit zu jeder Zeit ein Teil der Plenardebatten sein solle. Aus der Zivilbevölkerung habe es auf dem BMBF-Forum für Nachhaltigkeit eine große Zustimmung für die Arbeit des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung gegeben. Der vorgelegte Entschließungsantrag thematisiere insbesondere die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, welche im Jahr 2018 zwar noch ergänzt werde, aber schon jetzt Anlass zur Kritik durch die Fraktion DIE LINKE. gebe. Zu Details wurde auf die bereits erfolgte Plenardebatte verwiesen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. sei grundsätzlich gut. Den Kohleausstieg strebe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jedoch wesentlich früher als erst im Jahr 2035 an und werde sich daher enthalten.

Die Nachhaltigkeitsstrategie sei eine Idee der ehemaligen rot-grünen Regierungskoalition und zähle zu den wenigen Konzepten, die sich in der derzeitigen Regierung mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 verbessert hätten. Zu kritisieren sei jedoch weiterhin ein Umsetzungsdefizit, das sich beim Wasser- oder Klimaschutz, bei der nicht gelingenden Verkehrswende oder bei der Agrarpolitik zeige. Die Kritik ziele also weniger auf die Strategie, als auf deren konkrete Umsetzung durch die Bundesregierung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/11767 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

Matern von Marschall
Berichtersteller

Carsten Träger
Berichtersteller

Birgit Menz
Berichterstellerin

Peter Meiwald
Berichtersteller

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.